

BR/GT I/11 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 1. September 1969
BR/GT I/11/69

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Artikel 113a bis 113g

Vorbemerkung

Mit dieser Arbeitsunterlage werden die in der Vorbemerkung der Arbeitsunterlage BR/GT I/10/69 vom 12. August 1969, Seite 3, angekündigten Vorschläge zu einer Artikelgruppe 113a folgende nachgereicht. Durch diese Artikelgruppe soll sichergestellt werden, daß einerseits über eine internationale Patentanmeldung nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) eine europäische Patentanmeldung bewirkt werden kann und daß andererseits eine europäische Patentanmeldung als Grundlage für eine internationale Patentanmeldung dienen kann.

INTERNATIONALE ANMELDUNG NACH DEM VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Artikel 113a

Anwendung des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens

Vorschlag des Vorsitzenden

- (1) Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom ..., im folgenden "Zusammenarbeitsvertrag" genannt, ist nach Maßgabe der Vorschriften dieses Kapitels anzuwenden.
- (2) Für das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt über internationale Anmeldungen nach dem Zusammenarbeitsvertrag sind dessen Vorschriften und ergänzend die Vorschriften dieses Übereinkommens anzuwenden.
- (3) Soweit in diesem Übereinkommen auf den Zusammenarbeitsvertrag Bezug genommen ist, erstreckt sich die Bezugnahme auch auf dessen Verfahrensregelung.

Aufgaben des Europäischen Patentamts im Rahmen des Vertrags
über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt wird im Rahmen der nachstehenden Vorschriften als Anmeldeamt und als Bestimmungsamt im Sinne des Kapitels I des Zusammenarbeitsvertrags tätig, sobald dieses Kapitel mindestens für einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens in Kraft getreten ist.

(2) Das Europäische Patentamt wird im Rahmen der nachstehenden Vorschriften als Internationale Vorläufige Prüfungsbehörde im Sinne des Kapitels II des Zusammenarbeitsvertrags tätig, sobald dieses Kapitel mindestens für einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens in Kraft getreten ist und alle sonstigen Voraussetzungen des Zusammenarbeitsvertrags und dieses Übereinkommens für die Ausübung der Tätigkeit als Internationale Vorläufige Prüfungsbehörde erfüllt sind.

(3) Das Europäische Patentamt wird im Rahmen der nachstehenden Vorschriften als ausgewähltes Amt im Sinne des Kapitels II des Zusammenarbeitsvertrags tätig, sobald dieses Kapitel mindestens für einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens in Kraft getreten ist und der Anmelder das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt und ausgewähltes Amt bezeichnet hat.

Bemerkung:

Der Vorsitzende geht davon aus, daß die Entscheidung, ob das Europäische Patentamt Internationale Vorläufige Prüfungsbehörde werden soll, dem Verwaltungsrat obliegen und eine entsprechende Bestimmung in die Regelung der Zuständigkeit des Verwaltungsrats aufgenommen werden sollte.

Das Europäische Patentamt als Anmeldeamt

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt kann Anmeldeamt im Sinne des Artikels 2 (iv) des Zusammenarbeitsvertrags sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Vertragsstaats dieses Übereinkommens ist, für den der Zusammenarbeitsvertrag in Kraft getreten ist. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(2) Das Europäische Patentamt kann auch Anmeldeamt sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Staats ist, der nicht Vertragsstaat dieses Übereinkommens, jedoch Vertragsstaat des Zusammenarbeitsvertrags ist und der mit dem Verwaltungsrat eine Vereinbarung geschlossen hat, wonach das Europäische Patentamt gemäß den Vorschriften des Zusammenarbeitsvertrags anstelle des nationalen Amts dieses Staats als Anmeldeamt tätig wird. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(3) Das Europäische Patentamt kann vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats auch Anmeldeamt sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Staats ist, für den die Versammlung des Internationalen Verbandes für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens das Europäische Patentamt als zuständiges Anmeldeamt bestimmt hat. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

Bemerkung:

Der Zusammenarbeitsvertrag ist ein sogenanntes geschlossenes Übereinkommen. Absatz 1 des Vorschlags entspricht dem in Rule 19.1(a) niedergelegten Grundsatz. Absatz 2 entspricht dem Sonderfall in Rule 19.1(b) und Absatz 3 dem Sonderfall in Rule 19.1(c).

Einreichung und Weiterleitung der Anmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1)

1. Fassung

Auf die Einreichung internationaler Anmeldungen findet Artikel 66 entsprechende Anwendung.

2. Fassung

Internationale Anmeldungen sind unmittelbar beim Europäischen Patentamt einzureichen. Artikel 66 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung..

Bemerkung:

Durch die 2. Fassung des Absatzes 1 soll die Möglichkeit der Einreichung der europäischen Patentanmeldung nach Artikel 66 Absatz 1 Buchstabe b ausgeschlossen werden, um die ohnehin kurze Frist für die Übermittlung der Unterlagen an das Internationale Büro einhalten zu können. Es sei darauf hingewiesen, daß das Europäische Patentamt als Anmeldeamt die internationale Anmeldung spätestens innerhalb von 13 Monaten abzüglich von 5 Tagen an das Internationale Büro weiterzuleiten hat (vgl. Rule 22.1 a). Die Frist zur Weiterleitung wird daher nur 25 Tage betragen, falls der Anmelder eine Priorität in Anspruch genommen hat und die einjährige Prioritätsfrist voll ausschöpft.

(2) Die Vertragsstaaten ergreifen im Falle der Einreichung einer internationalen Anmeldung beim Europäischen Patentamt durch Vermittlung der zuständigen nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Anmeldungen so rechtzeitig an das Europäische Patentamt weitergeleitet werden, daß dieses den Übermittlungspflichten nach dem Zusammenarbeitungsvertrag fristgemäß genügen kann.

Artikel 113e

Das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt ist Bestimmungsamt im Sinne des Artikels 2 (ii) des Zusammenarbeitsvertrags, wenn der Anmelder innerhalb der in Artikel ... des Zusammenarbeitsvertrags vorgesehenen Frist dem [Anmeldeamt oder Internationalen Büro] gegenüber erklärt, für welche der von ihm benannten Vertragsstaaten dieses Übereinkommens das Europäische Patentamt Bestimmungsamt sein soll.

(2) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8a Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, daß das Europäische Patentamt nur dann Bestimmungsamt ist, wenn in der internationalen Anmeldung alle Staaten dieser Gruppe benannt sind und der Anmelder erklärt, daß das Europäische Patentamt für alle diese Staaten Bestimmungsamt sein soll.

(3) Die Vorschriften dieses Übereinkommens gelten, was Form und Inhalt der internationalen Anmeldung beim Europäischen Patentamt betrifft, als erfüllt, sofern die Vorschriften des Zusammenarbeitsvertrags erfüllt sind.

(4) Für eine internationale Anmeldung ist die in Artikel 68a Absatz 2 vorgesehene Gebühr nicht zu entrichten.

Bemerkung:

In Absatz 1 geht der Vorsitzende davon aus, daß das Europäische Patentamt nur für diejenigen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens Bestimmungsamt werden kann, die zugleich Vertragsstaaten des Zusammenarbeitsvertrags sind.

Für den Fall, daß das Europäische Patentamt Bestimmungsamt im Sinne des Zusammenarbeitsvertrags geworden ist, ruht das Erteilungsverfahren bis zum Ablauf der in Artikel 23 des Zusammenarbeitsvertrags vorgesehenen Frist. Nach Auffassung des Vorsitzenden findet Artikel 23 des Zusammenarbeitsvertrags durch Artikel 113a dieser Vorschläge unmittelbare Anwendung, so daß sich eine ausdrückliche Bezugnahme auf Artikel 23 des Zusammenarbeitsvertrags erübrigen dürfte.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß das Erteilungsverfahren vor dem Europäischen Patentamt auch dann zum Ruhen kommt, wenn von den vom Anmelder benannten Staaten nur ein Staat Vertragsstaat des Zusammenarbeitsvertrags ist, da das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nur einheitlich durchgeführt werden kann.

Vorschlag des Vorsitzenden

Der internationale Recherchenbericht nach Artikel 18 des Zusammenarbeitsvertrags tritt an die Stelle des Berichts über den Stand der Technik nach Artikel 78 Absatz 1. Das Europäische Patentamt kann jedoch gemäß Artikel 94 Absatz 3 und 110 Absatz 3 einen zusätzlichen Bericht über den Stand der Technik beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag einholen.

Artikel 113g

Bekanntmachung der internationalen Anmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die internationale Anmeldung gewährt von ihrer Veröffentlichung durch das Internationale Büro nach Artikel 21 des Zusammenarbeitsvertrags an dem Anmelder vorbehaltlich der nachstehenden Vorschriften den einstweiligen Schutz gemäß Artikel 20^{bis}.

(2) Ist die internationale Anmeldung vom Internationalen Büro in einer der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen veröffentlicht, so tritt der einstweilige Schutz nach Absatz 1 erst mit dem Tag der Veröffentlichung einer Übersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen ein.

(3) Ist die internationale Anmeldung vom Internationalen Büro nicht in einer der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen veröffentlicht, so tritt der einstweilige Schutz nach Absatz 1 erst mit dem Tag der Veröffentlichung einer Übersetzung der Anmeldung in eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen und einer Übersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen Sprachen ein.

(4) Die Veröffentlichung der internationalen Anmeldung durch das Internationale Büro in Verbindung mit der Veröffentlichung der Übersetzung der Patentansprüche gemäß Absatz 2 oder die Veröffentlichung der Übersetzungen gemäß Absatz 3 tritt an die Stelle der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung gemäß Artikel 86a.

Bemerkung:

Durch Artikel 113g soll die in Artikel 29 des Zusammenarbeitsvertrags enthaltene Ermächtigung ausgefüllt werden. Die vorgeschlagenen Bestimmungen enthalten nur die Grundzüge der notwendigen Regelung. Weitere Einzelheiten, wie z.B., wer die in Absatz 2 und 3 vorgesehenen Übersetzungen vorzunehmen hat, der Anmelder oder das Europäische Patentamt, wann und in welcher Form diese Übersetzungen vom Europäischen Patentamt veröffentlicht werden, solltender Ausführungsordnung vorbehalten bleiben.

Die Frage, ob Dritten ohne Zustimmung des Anmelders Einsicht in die Akten einer internationalen Anmeldung bereits vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der internationalen Anmeldung durch BIRPI oder erst vom Zeitpunkt der Veröffentlichung nach Artikel 113g Absatz 4 durch das Europäische Patentamt an gewährt werden soll, sollte im Zusammenhang mit Artikel 162 Absatz 2 erörtert werden.